



## Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Bundesamt für Justiz  
Bundesrain 20  
3003 Bern

**Parlamentarische Initiativen "Mehr Konsumentenschutz und weniger Missbräuche beim Telefonverkauf" (Nr. 06.441) und "Aufhebung der Bestimmungen zum Vorauszahlungsvertrag" (Nr. 07.500); Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Direktor  
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 17. September 2012 hat die Kommission für Rechtsfragen des Ständerats den Regierungsrat im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens eingeladen, zu den Parlamentarischen Initiativen "Mehr Konsumentenschutz und weniger Missbräuche beim Telefonverkauf" (Nr. 06.441) und "Aufhebung der Bestimmungen zum Vorauszahlungsvertrag" (Nr. 07.500) Stellung zu nehmen. Für die Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir Ihnen.

### **1. Parlamentarische Initiative "Mehr Konsumentenschutz und weniger Missbräuche beim Telefonverkauf" (Nr. 06.441)**

Bei Fernabsatzgeschäften, die insbesondere die am Telefon oder im Internet geschlossenen Verträge erfassen, kann die Konsumentin oder der Konsument die bestellten Waren nicht sehen, bevor sie oder er den Vertrag abschliesst. Zudem besteht bei Fernabsatzverträgen die qualifizierte Gefahr, dass Verträge übereilt abgeschlossen werden. Wir begrüssen deshalb die Einführung eines allgemeinen Widerrufsrechts für Konsumentinnen und Konsumenten bei Fernabsatzgeschäften. Auch erachten wir die Vereinheitlichung der Begriffe, der Fris-

ten und der Folgen der Widerrufsrechte im gesamten Vertragsrecht als zweckmässig. Im Übrigen verzichten wir auf eine detailliertere Stellungnahme zur Vorlage.

## 2. Parlamentarische Initiative "Aufhebung der Bestimmungen zum Vorauszahlungsvertrag" (Nr. 07.500)

Mangels hinreichender Bedeutung und Gebrauch des Vorauszahlungsvertrags in der Praxis begrünnen wir die Aufhebung der Artikel 227a bis 228 des Schweizerischen Obligationenrechts vom 30. März 1911 (OR; SR 220) sowie der betreffenden Bestimmungen der Artikel 3 und 4 des Bundesgesetzes vom 19. Dezember 1986 gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG; SR 241). Im Übrigen verzichten wir auf eine detailliertere Stellungnahme zur Vorlage.

Sehr geehrter Herr Direktor, sehr geehrte Damen und Herren, wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 14. Dezember 2012



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kanzleidirektor

Josef Dittli

Roman Balli